

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Januar 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Ankl., Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

### Neubestellungen

Die monatlichen Bezüge des „Korrespondent“, vor allem aber die Nichtabonnenten, werden freundlichst ersucht, in ihrem eigenen Interesse sofort bei der Post zum nächsten Monatsum bis zum Schluß des Quartals einzutreten. Der „Korrespondent“ kostet monatlich nur 22 Pf., zweimonatlich 44 Pf., vierteljährlich 65 Pf. Jeder Bestellung muß ihn unbedingt beifügen.

### Steuerfragen

#### Besserung der Kriegsgewinne und der Vermögen.

Der Rat der Volksbeauftragten und der Staatssekretär des Reichschatamts haben vor kurzem zwei neue Steuerentwürfe im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, die einen tiefen Griff in die Taschen der Kriegsgewinnler und sonstiger glücklicher Nutznießer der zusammengebrochenen Kriegswirtschaft bedeuten.

Der erste Entwurf fordert eine außerordentliche Abgabe von den Kriegsgewinnen für das Jahr 1919, entsprechend der schon im vergangenen Jahr eingeführten Abgabe vom Mehreinkommen. Einzelpersonen mit einem Mehreinkommen von über 3000 Mk. haben 5 Proz., bis zu einem Mehreinkommen von 10000 Mk. 10 Proz., bei einem solchen von 10 bis 20000 Mk. 20 Proz., von 20 bis 30000 Mk., von 30 bis 50000 Mk. 30 Proz., von 50 bis 100000 Mk. 40 Proz. und von Mehreinkommen über 100000 Mk. 50 Proz. abzugeben. Für Gesellschaften kommt der Mehrgewinn im fünften Kriegsjahr in Frage, wovon 80 Proz. bei Mehrgewinnen von über 1 Million Mark, bei geringeren kassellweise Ermäßigungen um je 10 Proz. bis zu 50 Proz. als Kriegsteuer abzugeben werden müssen. Diese Mehrgewinnsteuer soll jedoch auch im Zusammenhange mit Staats- und Gemeindesteuern, soweit sich diese auf das hier zu berechnende Mehreinkommen beziehen, nicht mehr als 90 Proz. des letzteren betragen.

Der zweite Entwurf betrifft eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Die Berechnung des Vermögenszuwachses erfolgt durch Vergleich des Vermögensstandes am 31. Dezember 1913 und jenem am 31. Dezember 1918. Die Höhe der Kriegsabgabe von diesem Vermögenszuwachs beträgt bei einer Vermehrung von 3 bis 10000 Mark 10 Proz., von 10 bis 20000 Mk. 15 Proz., von 20 bis 30000 Mk. 20 Proz., von 30 bis 50000 Mk. 30 Proz., von 50 bis 100000 Mk. 40 Proz., von 100 bis 200000 Mk. 50 Proz., von 200 bis 300000 Mk. 60 Proz. und von 300 bis 500000 Mk. 80 Proz., und für jede weitere Vermehrung 100 Proz., d. h. sie wird völlig eingezogen. Nach dieser Staffelung kann niemand mehr als 199500 Mk. Vermögenszuwachs zurückbehalten.

Diese Besteuerung bedeutet eine berechnete Zurückführung der Kriegsgewinne in die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit. Kleine Ersparnisse und berechnete Früchte der Arbeit werden in ausreichendem Maße getroffen, indem der ganz kleine Vermögenszuwachs (bis 3000 Mk.) unbesteuert bleibt und der Abgabebefehl nur nach und nach, wenn auch schließlich sehr steil ansteigt. Für die Allgemeinheit wird die hohe Abgabe vom Vermögenszuwachs, abgesehen davon, daß sie die Finanzkraft des Reiches stärkt, einen besonderen Vorteil haben, denn die Abgabe vermindert die gleichsam zufällige Kaufkraft und ist damit ein erster Schritt auf dem Wege zur Verbilligung der Lebenshaltung.

In Kapitalisten-, Unternehmer- wie überhaupt sogenannten bürgerlichen Kreisen herrscht begriffliche Unzufriedenheit wegen dieser Steuern. Hauptächlich der bekannte und im Verlaufe der Kriegswirtschaft völlig in kapitalistischen Spuren verirrte Volkswirtschaftler Salver sieht in diesen Entwürfen den Anfang vom Ende kapitalistischer Herrschaft. In seiner „Konjunktur“ macht er dieserhalb ganz fürchterliche Gespenster an die Wand und sieht in dieser Entwicklung der Steuerpolitik die größten Gefahren für die Arbeiterklasse, der man dadurch die Arbeitsgelegenheit und den Verdienst raube, weil ohne Kapital die Arbeit nicht leben könne. Demgegenüber möchten wir nur betonen, daß gerade das Kapital ohne Arbeit nicht leben kann, daß ferner das Kapital nur gedeiht, je kräftiger sich die Arbeiter ins Zeug legen, daß aber die Arbeiter um so kühler und schwächer werden, je mehr das Kapital dazu dienen soll, arbeits- und arbeiterfeind-

liche Kapitalisten großzuleben und sie die Früchte der menschlichen Arbeit in Faulheit und Wohlleben verpraßen zu lassen. Das eigentliche Kapital, soweit es zur Fort- und Höherführung der Produktion dienen soll und muß, wird durch diese neuen Steuervorgänge nicht im geringsten entwertet oder der Produktion entzogen. Es wird dadurch nur eine großzügige Verschiebung durchgeführt, die das Kapital dorthin leitet, wo es zu kulturellen und produktiven Zwecken zum Wohle der Allgemeinheit besser als bisher verwendet werden kann. Und nach wie vor werden für arbeitsfreudige Unternehmer noch genug Arbeitsgebiete frei bleiben, auf denen sie sich betätigen können, wenn ihre Unternehmungslust auf eigener persönlicher Basis und nicht auf den Schultern anderer Menschen lasten soll. Daß dies geschieht, ist Sache aller derjenigen verantwortlichen Personen, die dazu berufen sind, den deutschen Staats- und Wirtschaftskarren in vernünftiger Bahnen als früher und bisher zu lenken. Dazu gehören aber auch andere Wege der Steuerpolitik als früher. Und die jetzigen Steuervorgänge bedeuten einen erfreulichen Bruch mit dem alten Untertanenrespekt vor gefüllten Geldtütchen; sie verzichten auf ein tropfenweises Abzapfen der Reichs- und Staatsmittel auf dem heuchlerischen Wege der indirekten Besteuerung und greift dafür in die Samsternernte mit Fug und Recht. Daß es sich dabei zum großen Teil auch um Welpenner handelt, ist für kundige Beobachter nichts Neues. Für die kommenden Männer liegt in dieser Tatsache jedoch um so mehr Ursache zum Zugreifen, und zwar gerade im Interesse eines freieren und besseren Deutschlands.

#### Berechtere Veranlagung und Gleichberechtigung der Abzüge.

Als Ergänzung meiner Ausführungen in Nr. 122 vom 19. Oktober 1918 wird in nachstehender Tabelle gezeigt, wie bei einem neuanzunehmenden Steuerjahre unter Hinzufügung des ehemaligen Staatssteuerergänzungssatzes von 25 Proz. Kullusabgaben und 250 prozentigen Kommunalaufschlage die Höhe der Gesamtsteuer ausfällt und was bei den einzelnen Einkommen noch übrig bleibt zur Lebenshaltung. Auch bei dem Für und Gegen bleibt es unbestreitbar, daß, wenn auch die höheren Einkommen das Vielfache der früheren Steuer zahlen, es sich mit dem verbleibenden „Reste“ noch sehr auf leben läßt. Sollte, wie früher von hoher Warte behauptet, der Familienstamm unter dieser nur gerechten Heranziehung leiden, nun so können diese Personen versichert sein, daß er jetzt bei den geringeren Einkommen um ein Vielfaches wachsen wird. Ein Zenit mit 30500 Mk. Einkommen gleicht gegen früher die Differenz aus von 70 Personen mit je 2100 Mk. oder 41 Personen mit 3000 Mk. Einkommen, und ein Zenit mit 60000 Mk. Einkommen gleicht die Differenz aus von 141 Personen mit je 21000 Mk. oder 83 Personen mit 3000 Mk. Einkommen. Solcher Art liegen sich viele Crempel erbringen. Nun sind aber 60000 Mk. immer noch große Bezüge. Bei höherem Einkommen mit entsprechender Veranlagung steigt die Differenz der Entlasteten in die Tausende.

Es ist in der Tabelle der Beweis geliefert, daß die geringeren Einkommen — die werden angenommen bis zu 10500 Mk. — unbedenklich zu Kalten der höheren Bezüge entlastet werden können. Es sind so viele Zeniten vorhanden, die den Ausfall aus der dritten Masse, die mit Steuern überlastet ist, voll und übergangs ohne Schaden an ihrer geordneten Lebenshaltung decken können. Mit dem neuen Steuerjahre finden auch die Staats- und andere Beamten für ihr ehemaliges Privileg einen Ausgleich.

Der alte Staatssteuerergänzungssatz kann ja in Fortfall kommen, wenn die in diesem Krieg entstandenen Unkosten gedeckt sind.

Wenn gleiches Recht für alle gelten soll, so muß auch bei den Einkommen über 3000 Mk. eine ebenso scharfe und peinlich genaue Kontrolle eingeführt werden. Ältere Jahrgänge der Handlungsgesellen, also genaue Kenner im Bücherführen, als vereidete Bücherprüfer bei den Veranlagungskommissionen würden Unsummen zur Steuer heranziehen, sowohl von den Händlern, die jetzt schlecht gefast werden können, als auch von Kleingewerbetreibenden, reinen Sandelgeschäften und insbesondere und hauptsächlich aus den Großunternehmungen: Auch das Kapitel Abschreibungen ist sehr reformbedürftig. Millionenwerte stehen mit 10 Pf. oder 1 Mk. zu Buch und werden der Besteuerung entzogen. Wahre Betrugsmanöver sind häufig die Bilanzen großer Gesellschaften bei Abschreibungen

in den letzten Jahren. Wehe dem Angestellten, der diese Verschleierungen zur Anzeige bringen wollte! Nirgends fände er als gebrandmarkter Denunziant Unterkommen. Die vereideten Bücherprüfer aber würden hier ganze Arbeit machen können.

Zu beauftragender Steuerjah.	Einkommen bis	Gesamte Steuerabgabe nach neuem Satz mit allem Prozenzschußlag und 250 Proz. Kommunalaufschlag sowie 25 Proz. Kirchenabgabe	bleiben Rest zur Lebenshaltung
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
0,50	1050	1,88	1048,12
1,—	1200	3,75	1196,25
1,50	1350	6,23	1343,77
2,—	1500	8,30	1491,70
2,50	1650	10,38	1639,62
3,—	1800	12,45	1787,55
3,50	2100	14,53	2085,47
4,—	2400	16,80	2383,20
4,50	2700	20,53	2679,47
5,—	3000	22,75	2977,25
6,—	3300	29,70	3270,30
7,—	3600	34,65	3565,35
8,—	3900	39,60	3860,40
9,—	4200	48,35	4151,65
10,—	4500	54,10	4445,90
12,—	5000	63,80	4936,20
14,—	5500	78,90	5421,10
16,—	6000	89,20	5910,80
18,—	6500	99,50	6400,50
20,—	7000	119,—	6881,—
30,—	7500	160,50	7339,50
60,—	8000	278,—	7722,—
90,—	8500	407,10	8092,90
150,—	9000	638,10	8361,90
210,—	9500	945,30	8554,70
270,—	10500	1117,50	9382,50
330,—	11500	1352,90	10147,10
390,—	12500	1588,50	10911,50
450,—	13500	1843,50	11656,50
510,—	14500	2080,50	12419,50
570,—	15500	2317,50	13182,50
660,—	16500	2691,—	13809,—
750,—	17500	3041,90	14458,10
840,—	18500	3393,—	15107,—
900,—	19500	3660,—	15840,—
1040,—	20500	4200,—	16300,—
1200,—	21500	4815,—	16685,—
1360,—	22500	5463,—	17037,—
1520,—	23500	6079,40	17420,60
1680,—	24500	6696,—	17804,—
1840,—	25500	7350,—	18150,—
2000,—	26500	8068,—	18432,—
2150,—	27500	9298,50	18201,50
2350,—	28500	9358,50	19141,50
2550,—	29500	10127,90	19372,10
2850,—	30500	11272,50	19227,50
3000,—	32000	11922,—	20078,—
3500,—	34000	13850,—	20150,—
4000,—	36000	15784,—	20216,—
4300,—	38000	16965,—	21035,—
4600,—	40000	18146,—	21854,—
4750,—	42000	18764,50	23235,50
4870,—	44000	19270,50	24729,50
4960,—	46000	19564,—	26436,—
5200,—	48000	20620,—	27380,—
5360,—	50000	21360,—	28640,—
5520,—	52000	22020,—	29980,—
6000,—	54000	23880,—	30150,—
6230,—	56000	24802,50	31197,50
6390,—	58000	25462,50	32537,50
6510,—	60000	25972,50	34027,50

Die Gewerkschaftsbeiträge aller Berufe — signiert als Erwerbs- und Lebensversicherung, das sie doch unbedingt sind — müssen vom Einkommen abzuziehen sein. Das sollte keine kritische Frage mehr sein. Schreiber dieser Zeilen hat in verschiedenen Bezirken sie aufstandslos vom Einkommen abgezogen. Es gibt ja keinen Unternehmer und keine Gesellschaft, die nicht in irgendeinem Verein ist; diese Vereinsbeiträge stehen aber in den Geschäftsbüchern unter Spesen, Handlungskosten oder sonstigen Titeln. Ohne Ausnahme werden sie immer vom steuerpflichtigen Gewinn abgezogen und buchtechnisch

geht das auch gar nicht anders. Also auch in diesem Punkte gleiches Recht für alle!

Wenn wir als Gewerkschafter mit vollem Rechte verlangen, nur gemäß unserm geringen Einkommen wirtschaftlich nicht drückende Steuern zu tragen, so fordern wir andererseits, daß bei Vergeltung (Verstaatlichung) von Betrieben und Unternehmungen nur die zu Buch stehenden Werte bezahlt werden. Ansprüche auf entgangenen Gewinn — wie früher üblich — sind unbillig. Genau so wie beim Arbeiter oder Angehörigen bei der Dienstentlassung der Gewinn aufhöret, ebenso muß bei der Enteignung verfahren werden: Der Kapitalist ist dabei immer noch im Vorteil, er bekommt sein Geld zurück, der Arbeiter aber hat ein Stück seines Lebens dem Betriebe gegeben und diesen Verlust ist unerträglich.

Wie das Kapital lebt, zeigen nachstehend drei Rechnungen aus schwerster Ernährungszeit. Die erste stammt aus einem Berliner Hotel, die beiden andern aus Provinzkleinstädten.

Juli 1918:	
9 Gedeck . . . . .	270,— Mh.
9 Mokka . . . . .	22,50 "
Zigarren . . . . .	26,— "
9 Flaschen Wein . . . . .	108,— "
2 Brunnen . . . . .	4,— "
9 Löhre . . . . .	18,— "
	448,50 Mh.
Bedienung . . . . .	45,— "
September 1918:	
7 Suppen . . . . .	5,25 Mh.
7 Fisch-Brillolles . . . . .	28,— "
7 Entenbraten mit Rosthoh . . . . .	63,— "
7 Kompotts . . . . .	7,— "
7 Dmelettes . . . . .	28,— "
7 Bohnenkaffee . . . . .	10,50 "
2 Flaschen Wein . . . . .	28,— "
2 Flaschen Wein . . . . .	35,— "
6 Zigarren . . . . .	18,— "
	222,75 Mh.
Bedienung . . . . .	22,— "
	244,75 Mh.
14 August 1918:	
14 Mal blau mit Meerrettich . . . . .	84,— "
14 Gänsebraten mit Rosthoh . . . . .	126,— "
14 Kompotts . . . . .	14,— "
14 Dmelettes . . . . .	56,— "
14 Bohnenkaffee . . . . .	21,— "
6 Flaschen Wein . . . . .	84,— "
3 Flaschen Wein . . . . .	52,50 "
2 Fl. Brunnen . . . . .	1,50 "
1 Zigarre . . . . .	2,50 "
10 Zigarren . . . . .	30,— "
1 Essen für den Chauffeur . . . . .	4,— "
	486,— Mh.
Bedienung . . . . .	48,— "

Diese Essen von Ausschüßtröden wurden, wie es überall üblich ist, auf Generalkosten gebucht, gingen also zu Lasten der gewinnlosenden Arbeiter. In der Zeit zwischen diesen beiden Monaten wurde einer armen Frau von einer Bahnhofswoche ein halber Jentner gemästeter Strohseifen weggenommen. Aus Verzweiflung, daß ihre hungernden Kinder nun nichts zu essen haben, ließ die Arme sich vom heranabrenden Zuge überfahren.

Die gesamte Gewerkschaftspresse sollte zu den jetzt brennenden Steuerfragen ungenügend Stellung nehmen: es geht uns eigne Brot. Die jetzige Regierung wird unsere Steuerforderungen gewiß mit aller Sorgfalt gewissenhaft prüfen, insonderheit, wenn alle Organisationen dies beantragen.

Kaffowib.

P. M.

## Ernährungswirtschaft

### Das Doppelgeßel der Lebensmittelhilfe.\*

Der nicht ohne Schwierigkeiten verlängerte Waffenstillstandsvertrag hat Schlimmeres verhüten können. Nämlich die Befehung weiteren deutschen Bodens, was uns des wertvollen Kohlen- und Industriegebietes beraubt und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mithin auch die der Lebensmittelversorgung, vergrößert hätte. Jammer und Elend in erhöhtem Maße, wie es feindliche Befehung mit sich bringt, blieb für einen großen Teil der Bevölkerung gleichfalls erspart. Auch eine Milderung der Ruhe, die für Nichterhaltung der furchtbaren Bedingungen verhängt war, wurde erreicht, indem der Gesamtwert der abzuliefernden landwirtschaftlichen Maschinen nur 73 Millionen beträgt, also ein Sechstel des Wertes der ursprünglich geforderten 500 Lokomotiven und 19000 Waggons. Die Verpflichtung liegt aber nicht minder schwer auf uns, da

\* Anmerkung der Redaktion: Die vorstehenden Darlegungen bedürfen infolge einer Einschränkung, als nach neuen Meldungen die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen für uns lange nicht so drückend ist, wie das ursprünglich angenommen wurde. Bei entsprechender Anstrengung der einschlägigen Industrie wird diese Bedingung ohne größere Schädigung der deutschen Landwirtschaft erfüllt werden können. Erste Voraussetzungen dafür ist jedoch die Abschwächung der Kohlennot; und auch dies wird möglich sein. Daß auch in den übrigen Punkten die Entente uns immer noch sehr unfreundlich gesinnt ist und uns nicht ohne weiteres alles liefert, was wir brauchen, braucht uns noch nicht hoffnungslos zu machen. Sowohl der Fall der Franzosen wie die Hindinlichkeit und das Mißtrauen der Engländer auch gegen das neue Deutschland sind für Kenner der wirtlichen Verhältnisse während des Krieges wie in der Gegenwart einmüßig begrifflich. Vieles von dem, was von deutscher Seite gefordert ist, kann auf jener Seite nicht so schnell begriffen werden. Und wir machen die Bedingungen nicht besser und die Verbilligung nicht leichter, wenn wir nur die Schattenseiten sehen, die jetzt auf uns fallen. Tatsache ist, daß doch jetzt schon vor dem Friedensschlusse die Hungerelende aufgehoben wurde, daß für 30 Mill. Dollar Lebensmittel als erste Hilfe für Deutschland aus Amerika unterwegs sind, und daß schon vorher beträchtliche Mengen von Lebensmitteln für die weichen Gebiete Deutschlands von der Entente geliefert wurden. Denken wir doch daran, wie gerade Wilson früher im größten Teile der deutschen Presse verächtlich und verpöndelt wurde. Und jetzt erweist sich dieser Mann als der aufrichtigste Führer zur Sicherung des Aufbaus eines neuen und besseren Deutschlands. Gewiß, die Bedingungen, die uns der Waffenstillstand auferlegt hat, sind sehr hart; aber sie müssen und können überwunden werden, wenn wir fast zu sitzen und zu jammern, arbeiten und nicht verzweifeln!

wir die landwirtschaftlichen Maschinen selbst sehr notwendig gebrauchen. Die gegenwärtigen, durch Nahrungsnot und Rohstoffmangel verschärften Verhältnisse geben überdies keine Garantie, daß auch diese gemilderten Bedingungen erfüllt werden können.

Was aber bei dem neuen Abkommen mit dem fortwährend im Munde geführten Versorgungs- und Hilfswerk im krassesten Widerspruch steht, das ist die unverminderte Belieferung der Blockade. Alle erbetenen Milderungen sind glatt abgelehnt worden. So dürfen u. a. an die Kohlenlieferungen nach Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden. Die Dampfer müssen sogar leer zurückkehren, selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seewegs, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, ist von der Entente abschlägig beschieden worden.

Wilson scheint gegenüber dem blinden Hass der Franzosen und Engländer nicht zu Worte zu kommen. In richtiger Erkenntnis hält er ebenfalls, wie in einem Aufsatze untrer Volksbeauftragten zum Ausdruck kam, die schleunigste Verjagung Deutschlands mit Lebensmitteln als notwendig, um den Bolschewismus fernzuhalten, der auch das westliche Europa bedroht. Er will nicht, wie die nötige Macht gefunden werden soll, um Frieden zu schließen, wenn das Mittel der Lebensmittelversorgung gegen den Strom des Anarchismus nicht angewendet wird. Das Repräsentantenhaus und auch der Senat hat die Wilsonsche Vorschläge der beschleunigten Lebensmittelhilfe für die Mittelländer gegen nur eine Stimme angenommen. Die Engländer hingegen, die nicht aus ihrer Haut heraus können, wünschen nur außeramtlich in Presseäußerungen eine beschleunigte Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr, wenn die Nationalversammlung auf regelmäßigem, demokratischem Wege gewählt würde. Das ist nun bereits geschehen, was eigentlich die Engländer ihrem Worte gemäß veranlassen sollte, ihrer „Wohlthätigkeit“ keine Schranken zu setzen. Einwillen ist aber davon nichts zu spüren. Hat doch auch der oberste Kriegsrat verlangt — und unsere Kommission hat durch Unterschrift ihr Einverständnis erklärt —, daß wir die wenigen Kaufkraftschiffe, die uns noch verbleiben sind, zum Transport hergeben müssen, ohne nach Herkunft und Bestimmungsort der Lebensmittel zu fragen. Praktisch läuft das darauf hinaus, daß wir die letzten sind, die mit unsern eignen Schiffen versorgt werden sollen. Das sieht ganz nach französischem und englischem Imperialismus aus und läßt die Hilfsbereitschaft der Amerikaner ganz in den Hintergrund treten.

Auch alles Entrüsten und Interferieren durch Neutrale wegen der harten, unmenslichen Bedingungen war bisher ohne Erfolg und wird es künftig bleiben. Verließ doch selbst die Fürsprache des Papstes vollständig im Sande. Oberst Reinhardt, der Kommandeur des Berliner Freiwilligen-Regiments, hat es kürzlich in einer persönlichen Aussprache unternommen, den schwedischen Sozialistenführer Branting zu ersuchen, auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern als Neutraler nach Möglichkeit für Milderung der Waffenstillstandsbedingungen einzutreten. Es wird wenig nützen, da die imperialistischen Regierungen der Engländer und Franzosen bestrebt sind, uns vollständig zu ruinieren, woran auch die damit nicht einverständigen Arbeiterklasse besagter Länder nichts ändern kann, so lange sie noch in so großer Minderheit ist und nicht die Macht dazu hat, einen Umschwung herbeizuführen.

An dem ehrlichen, festen Willen der Amerikaner, uns schnellstens zu helfen, ist nicht zu zweifeln, und wir wiederholen nur, daß sie kein Interesse daran haben, daß wir untergehen. Daß sie es wegen untrer schönen Augen tun sollen, ist natürlich nicht zu verlangen. Sie betrachten es nur als Gegengeschäft, wenn nicht gegen bar, und machen Ruhe und Sicherheit zur Bedingung. Eine größere Anzahl amerikanischer Lebensmittel dampfer ist wieder in europäischen Häfen eingelaufen, von denen hoffentlich auch Deutschland bedacht wird. Vom 1. April ab soll die ständige Verjagung Mitteleuropas durchgeführt werden.

-s.

## Korrespondenzen

S. Arnstadt (Thür.). Der hiesige Ortsverein hielt am 10. Januar seine diesjährige Hauptversammlung ab, die einen guten Besuch zu verzeichnen hatte. Vorsitzender Gräber eröffnete sie mit Worten der Begrüßung; besonders blieb er die heimgekehrten Krieger wieder in untrer Mitte herzlich willkommen. 22 Mitglieder unfres Ortsvereins waren eingetroffen, von denen leider drei den Festabend erlitten, deren Anwesen in üblicher Weise geehrt wurde. Bemerkenswert sei gleichfalls, daß den sich am Orte befindenden 22 Verbandsmitgliedern, von denen vier bisher noch nicht wieder eingekleidet werden konnten, acht Mitglieder der gegnerischen Organisation sowie vier Witwe gegenübersehen. Die Arbeitsverhältnisse sind geregelt zu nennen. Während der Nachmittagspause glatt zur Durchführung gelangte, wurde die am 1. Januar fällige Steuerzulage trotz wiederholter Forderung bisher noch nicht bewilligt. Sieben Kriegerfrauen wurden mit je 10 Mk. unterstützt. Außerdem wurde der Frau eines vermählten Kollegen ein Weihnachtsgeschenk von 20 Mk. überreicht. Nach Erstattung des Kartellberichts, aus welchem die Einführung der Arbeitslosenversicherung sowie die Wiedererhöhung des Gewerkschaftssekretariats, welches jetzt erhöhte Anforderungen an die Gewerkschaften stellt und zu welchem Zweck auch der Antrag, den Ortsvereinsbeitrag von 10 auf 15 Pf. wöchentlich zu erhöhen, einstimmig angenommen wurde, zu erwähnen wäre, wurde die Gesamt-

vorstandswahl erledigt und die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

-d. Borna b. Leipzig. Die am 11. Januar abgehaltene Generalversammlung erlebte sich eines guten Besuchs. Besonders waren die aus dem Seeresdienst entlassenen, leider noch arbeitslosen Seemannen zahlreich vertreten. Aufgenommen wurden drei schon ältere Kollegen. Den ausführlichen Jahres- und Kassenbericht erstellte Vorsitzender und Kassierer Zimmerhal. Da dieser hat, von einer Neuwahl infolge anderweitiger Arbeitsüberbürdung Abstand zu nehmen, wurde Kollege Friedrich Bauer als erster Vorsitzender gewählt. Als Kassierer wird hinfällig Kollege Emil Nedel fungieren. Der Jahresbeitrag für den Verein „Seemannsbund“ wurde abgelehnt, dagegen der Beitrag für die Typographische Vereinigung genehmigt. Unter „Verschiedenem“ kamen hiesige Druckerhältnisse zur Sprache.

Bremen. (Hauptversammlung am 12. Januar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erbrachte die Versammlung des Gedächtnis eines verstorbenen Mitgliedes, das sich in früheren Jahren reger am Organisationsleben beteiligte und sogar einige Zeit den Posten des Gauvorsitzers inne hatte, des Kollegen Gullau Kunst. Erst vor einem halben Jahre konnte der Verstorbene in voller Richtigkeit das goldene Verbandsjubiläum begehen. Nun ist auch er dahin! Unter Vereinsmitteilungen ging Vorsitzender Kirch auf die politischen Vorkommnisse an den letzten Tagen hier am Ort ein. Anlässlich der Proklamtion der sozialistisch-kommunistischen Republik ist auch das Gewerkschaftsbaus befehlt und die Beamten der Gewerkschaften, die dort ihre Büroräume haben, sind unverschämterweise entlassen worden. Die Arbeiterratswahlen sind, trotz eines für ihre Zwecke gerechtfertigten Wahlstimmens, für die Unabhängigen und Kommunisten ungünstig ausgefallen. Nun haben sie die Wahl kassiert und die Mehrheitssozialisten ausgeschlossen. Auch von der gewalttätigen Abspaltung der „Bremer Bürgerzeitung“ durch den Soldatenrat machte Kollege Kirch Mitteilung und übte Kritik an diesen jeder Demokratie hochsprühenden Maßnahmen, während ein Kollege sie zu verteidigen suchte. Vier Kollegen wurden in die Organisation aufgenommen, während einer dem Gauvorstande zum Ausschluss empfohlen wurde. Für den jetzt wieder ins Leben gerufenen Typographischen Klub und den Gesangsverein „Ostenberg“ wurden Geldbeiträge ausgekehrt. Die neue Steuerzulage ist, nachdem der hiesige Vorstand erklärt hatte, daß er unter allen Umständen an den Beschlüssen des Tarifauschusses festhalten werde, von allen Prinzipalen gezahlt worden. Die Versammlung befaßte sich auch mit dem Verhalten der Prinzipale im allgemeinen zu dieser Sache und legte ihre Meinung in folgender Entschlieung fest: „Die am 12. Januar tagende Versammlung des Bremer Buchdruckervereins erklärt sich mit den Beschlüssen des Tarifauschusses einverstanden und verurteilt auf das entschiedenste die von dem Hauptvorstande des Deutschen Buchdruckervereins und einem Teile der Prinzipalratsvertreter gegen die Beschlüsse des Tarifauschusses ausgeübte Obstruktion, die dem Geiste der Tarifgemeinschaft widerspricht. Die Versammlung ist der Meinung, daß die neuen Steuerzulagen noch weit entfernt davon sind, einen Ausgleich gegenüber der fortwährenden Steigerung aller Bedarfsartikel zu schaffen, und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung energetische Maßregeln ergreift, durch den Abbau der Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel die Kaufkraft des Geldes zu steigern. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Tarifgemeinschaft steht, und erwartet von den Prinzipalen, daß diese im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Gewerbe ihre Obstruktion fallen lassen und die neuen Steuerzulagen ohne jeden Vorbehalt restlos zur Auszahlung bringen.“ Des weitern wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, das Statut durchzubereiten und etwaige Änderungen der nächsten Versammlung vorzulegen. Endlich erfolgte die Aufstellung von Kandidaten für die Vorstandswahlen und die Neubesetzung der sonstigen Ämter.

Buer i. B. Am 12. Januar fand untre Generalversammlung statt; der Besuch war ziemlich gut. Vorsitzender Merck hielt die Zurückgekehrten herzlich willkommen und forderte alle Kollegen auf, künftig nach jeder Richtung hin für die Ideen des Verbandes zu wirken. Bis jetzt sind 13 Kollegen zurückgekehrt und eingekleidet. Zu Ehren der Heimgekehrten wird eine besondere Begrüßungsfeier veranstaltet werden. Drei Kollegen wurden aufgenommen, darunter ein Mitglied des Ostensbergbundes. In längeren Ausführungen stellte der Vorsitzende die Einwirkungen des Krieges im Gewerbe, Verband und Ortsvereine. Die Versammlung nahm mit Interesse diesen Bericht entgegen. Die neuen Steuerzulagen werden auch hier unter Vorbehalt gezahlt. In Buer ist letzteres rückgängig gemacht, in andern Orten soll ebenfalls in diesem Sinne gewirkt werden. Eine längere Debatte rief die Befehung der „Buerischen Zeitung“ durch Spartakisten hervor. Unter Wassengewalt erzwangen sie die Herstellung der „Freiheit“. Am andern Tage lehnten die Geßellen geschlossen die Fertigstellung der Zeitung ab, wenn nicht volle Preifreiheit gewährleistet würde. Die nächste Ausgabe erschien deshalb nicht. Verhandlungen mit dem Arbeitgeber ergaben die Freigabe der Zeitung und volle Preifreiheit. Anschließend an die Ausführungen des Vorsitzenden beschloß die Versammlung, wo widerrechtliche Eingriffe vorkommen, geschlossen die Arbeit niederzulegen.

Dießen a. A. Die am 11. Januar abgehaltene Jahresversammlung war fast vollständig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt unser Vorsitzender die Gedankensätze herzlich willkommen, zugleich auch im Namen des Gauvorstandes. Drei Kollegen blieben auf dem



welche die Arbeiterschaft Jahrzehnte lang gekämpft hat, als eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution bezeichnet. Diese Errungenschaften unbedingt zu schützen, jeden Angriff in die Pressefreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür angewendet wird, diese Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen; das sind die Forderungen, welche der Zentralrat allen Arbeiter- und Soldatenräten stellt. Von der Reichsregierung verlangt der Zentralrat die Anwendung aller Mittel, um die uneingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit sicherzustellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

**Neue und wiedererschienenen Zeitungen.** Mit Beginn dieses Jahres erschien im Verlage der Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. in Berlin eine neue sozialistische pädagogische Wochenzeitschrift, welche sich „Die neue Erziehung“ betitelt und vom Unterrichtssekretär im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung herausgegeben wird. — Im Verlage von Wilhelm Hartung in Leipzig erscheint eine neue illustrierte Wochenzeitschrift „Der Leipziger“. — Unter dem Titel „Meißner Neueste Nachrichten“ wird seit Anfang Januar in Meissen i. S. eine neue Tageszeitung demokratischer Richtung herausgegeben. — In Weimar gibt die literarische Gesellschaft zur Förderung und zum Ausbau der Weimarer Kultur ab 19. Januar eine Halbmonatsschrift, betitelt „Weimarer Blätter“ heraus. — Die im Verlage von Robert Wünsche & Co. in Koswig erscheinende Zeitschrift „Kolonialwaren und Nahrungsmittel“, welche bei Kriegsausbruch ihr Erscheinen einstellen mußte, wird jetzt wieder herausgegeben.

**Deutsches Kulturmuseum.** Aus Anlaß der zweihundertjährigen Jubiläumsfeier des Hauses Breitkopf & Härtel in Leipzig findet im Deutschen Kulturmuseum eine Sonderausstellung statt, die Dokumente, Handschriften und Drucke der ältesten Zeit der Firma zeigt. Das Museum, Zeißer Straße 12 I, ist wochentags von 10 bis 4, Sonntags von 11 bis 2 Uhr, geöffnet.

**Einstellung von Kriegsschädigten.** Nach einer neuen Verordnung des Reichsamts für Demobilisierung sind alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. In landwirtschaftlichen Betrieben ist die Voraussetzung zur Einstellung eines Schwerbeschädigten schon bei 50 Arbeitern und Angestellten gegeben. Sofern nicht gesondert anerkannte Gründe für sofortige Entlassung vorliegen, können Schwerbeschädigte nur nach Anhörung der Arbeiterausschüsse und nur nach Genehmigung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen werden, vorausgesetzt, daß sie nach den bestehenden Gesetzen nicht Anspruch auf längere Kündigungsfrist haben.

**Eine Lehrgewerkschaft.** In München wurde am 21. Januar eine bayerische Lehrgewerkschaft gegründet. Zielsetzungen sind eine Standesvertretung der Gesamtberuferschaft gegenüber dem Staate bilden und eine Einheitsfront der Lehrgewerkschaft in wirtschaftlichen Fragen gewährleisten. Außerhalb dieser Gewerkschaft soll der Bayerische Lehrerverein und die diesem angeschlossenen Vereine als pädagogische Arbeitsgemeinschaft weiterbestehen.

**Regierungsprotest gegen die Befestigung des Achsstundentags.** Dem Vorstehenden der internationalen Waffenstillstandskommission ist seitens der deutschen Regierung eine Note überreicht worden, in welcher gegen die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in den Betrieben der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebiets von acht auf zehn Stunden Stellung genommen wird. Es wird darauf hingewiesen, daß der achtsündige Arbeitstag schon vor der Befestigung der linksrheinischen Gebiete in ganz Deutschland eingeführt worden ist und daß der Achsstundentag eine der wesentlichsten Errungenschaften ist, welche die Umwälzung in Deutschland mit sich gebracht hat. Aus diesem Grunde wird gegen die Befestigung des Achsstundentags nachdrücklich Einspruch erhoben.

**Vom Streik der Elektrizitätsarbeiter.** Der Zustand der Elektrizitätsarbeiterchaft in Berlin, der gerade noch seufze, um das Unglück voll zu machen, hat enormen Schaden im Gefolge gehabt. Viele hundert Betriebe, die von elektrischer Kraft abhängig sind, mußten feiern, die Ladengeschäfte konnten erst am späten Vormittag öffnen und mußten nachmittags zeitig schließen. Postbetrieb sowie Straßenbahn waren stark behindert; sogar die Ernährung der Bevölkerung wurde durch den Streik sehr in Mitleidenschaft gezogen. Der Streik hätte unbedingt verhindert werden müssen und vermieden werden können,

wenn die Direktion nicht so hartnäckig gemessen wäre und die Verhandlungen unruhig in die Länge gezogen hätte. Die Forderungen der Arbeiter, welche schlechter als die Gasarbeiter entlohnt wurden, waren durchaus nicht übertrieben und bewegten sich zwischen 30 und 60 Proz. Leider war die Direktion nur bereit, 10 Pf. pro Stunde zuzulegen; sie sträubte sich auch anfänglich dagegen, die streitige Angelegenheit dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu unterbreiten. Schließlich gab sie diesem Verlangen der Arbeiter jedoch nach, und das Einigungsamt fällte einen Spruch, nach welchem die neuen Lohnsätze der Arbeiterchaft im allgemeinen um 20 Proz. hinter ihren Forderungen zurückblieben. Die Vertreter beider Parteien haben sich mit dem Vergleichsvorschlag einverstanden erklärt. Auch in Leipzig war ein Streik der Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerken ausgebrochen. Gefordert wurden u. a. einheitliche Wochenlöhne in Höhe von 100 bzw. 90 Mk. für gelernte Arbeiter und entsprechend abgestufte Lohnsätze für ungelernete und weibliche Arbeitskräfte sowie Einführung des 6-Stunden-Arbeitstags. Die vom Ratsvorstehenden und vom Leiter des Betriebsamts den Streikenden vorläufig auf die Dauer von 14 Tagen gemachten Zugeständnisse, bestehend in Bewilligung von 85 Mk. Wochenlohn für gelernte und von 70 Mk. für ungelernete Arbeiter sowie von 50 Mk. für weibliche Arbeitskräfte, wurden vom Räte der Stadt Leipzig genehmigt. Zugleich wurde eine Kommission eingesetzt, die in den nächsten Tagen mit Vertrauensleuten der Arbeiter der technischen Werke verhandelt und die schwebenden Fragen endgültig regeln soll.

**Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“.** Nach den bis zum 31. Dezember 1918 eingegangenen Meldungen sind von den 60895 bei der „Volksfürsorge“ versicherten Kriegsteilnehmern (93902 Anteilsscheine) insgesamt 2542 Personen mit 5069 Anteilsscheinen gefallen bzw. verstorben. Obwohl diese Zahlen nicht als endgültig zu betrachten sind, da sicherlich noch Meldungen ausfallen und bis zum Ablauf von vier Monaten nach Friedensschluß auch noch einige Versicherte infolge ihrer Kriegsteilnahme sterben dürften, kann man jedoch jetzt schon sagen, daß die Sterblichkeit in der Kriegsversicherungshasse eine außerordentlich niedrige gewesen ist. Nach diesen vorläufigen Ermittlungen beträgt sie nämlich in bezug auf die Personen 4,17 Prozent und in bezug auf die Anteilsscheine 3,4 Proz. Danach würden auf jeden Anteilsschein 92,50 Mk. zur Auszahlung gelangen. Während nun im allgemeinen für den einzelnen Versicherten durchschnittlich 1,5 Anteilsscheine geüßt waren, entfallen auf jeden Verstorbenen durchschnittlich zwei Anteilsscheine, ein Beweis, daß die einer größeren Gefahr ausgehenden Kriegsteilnehmer sich auch höher versichert hatten. Da kaum zu erwarten ist, daß die endgültigen Feststellungen dieses günstige Ergebnis wesentlich beeinträchtigen werden, wird an die Hinterbliebenen jedes Gefallenen sechs Monate nach Friedensschluß etwa das Achtfache des eingezahlten Geldes ausgezahlt werden können. Erfreulicherweise sind auch zahlreiche Hinterbliebene im Besitze der höchsten Anzahl von Anteilsscheinen, nämlich 20 Stück, wofür die zur Auszahlung gelangende Summe demnach etwa 1800 Mk. betragen würde. Die Kriegsversicherungshasse der „Volksfürsorge“ wird ihren Zweck also in wahrhaft segensreicher Weise erfüllen!

**Fortfall der Postvergnügungen für Feldpostsendungen.** Laut Behauptung des Staatssekretärs des Reichspostamts erlöschen mit Ablauf des 31. Januar für alle Heeres- und Marineangehörigen die Vergünstigungen des Feldpostverkehrs. Für die Heeres- und Marineangehörigen in den besetzten Gebieten erlöschen diese Vergünstigungen, soweit ein Feldpostverkehr überhaupt noch zulässig ist, mit dem Abtritt auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Saldalenbrief).

### Briefkasten

H. S. in W.: Wir nehmen an dieser Stelle davon Notiz, daß Sie als Verfasser des Artikels „Unser heutiger Lohn“ die laßliche Begründung der Feuerungsanlagen für Maschinenfeurer durch H. W. im Buchdruck zurückerhalten hat. Dies war in der Tat geschehen, die Beurteilung vieler Kollegen abzumachen bzw. zu unterstützen. Da die Debatte geschlossen ist, sehen wir auch von der Aufnahme Ihres zweiten kleinen Artikels ab. Dem sonst noch geäußerten Wünsche wird entsprochen werden. — H. F. in G.: Demnach müssen wir für dieses Jahr leider Verzicht leisten. Grd. Grug.

## o o o o o Literarisches o o o o o

### verschiedene Eingänge

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. Heft 11 und 12. 30. Jahrgang, 1918. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 4,75 Mk. (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von W. Schneider & Co. (Nachfolger von L. Richter & Engler), St. Gallen, St. Leonhardstraße 6.

„Topographische Zeitschrift.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 12. 39. Jahrgang, 1918. Preis pro Jahrgang (12 Hefen) 7,20 Mk. Zeitschrift für Buchindustrie, Buchgeschäft, Buchhandel und Buchverleger. Herausgegeben von Karl Lagerström in Stockholm. Text in schwedischer Sprache. Heft 12. Jahrgang 19. 1918. Bezugspreis vierteljährlich 3,50 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.

„Mahlzeiten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.“ Zweite Ausgabe. Preis 30 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Gefetze und Verordnungen der sozialistischen Republik.“ Ein Heftchen durch die neu erschienenen wichtigsten Gesetzschriften und Verordnungen. Preis 1 Mk. Berlin 1918. Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreform. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 1. 30. Jahrgang, 1919. Jahresbetrag 6 Mk. (Einzelheft 30 Pf.). Verlag G. Sarrowski Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.

„Vollstreckung.“ Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Borchardt. Nr. 2. 4. Jahrgang, 1918. Erscheint Mitte jeden Monats. Preis 50 Pf. Verlag der „Vollstreckung.“ Berlin-Wilhelmsstr. 10, Behmstraße 1.

„Was ist Sozialismus?“ Kalender zum Studium seiner Lehren. Von Anna Frenn. 30 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Sumpdenstraße 18.

„Soll Deutschland ein Teilhause werden?“ Flugdriftchen zur Revolution. Preis 15 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

„Jugend.“ Ein Almanach für die arbeitende Jugend 1919. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Preis 2 Mk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

## o o o o o Verbandsnachrichten o o o o o

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissoplatz 511. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

### Adressveränderungen

**Hilf-Neudruck.** Vorsitzender: Karl Frög, Neudruck, Rudowigstraße 1; Kassierer: Toni Niedermayer, Neudruck, Waidinger Straße 13.

**Fort (Lauth).** Vorsitzender: Karl Meißner, Grünstraße 15. Kassierer: Otto Peißig, Schulstraße 8.

**Sachsenland a. d. E.** Vorsitzender: Paul Jäger, Obere Lange Gasse 21; Kassierer: Karl Heerdegen, Halbe Gasse 19.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Schleswig-Holstein 1. der Heber Karl Münker, geb. in Kiel 1890, ausgez. ab 1910; war schon Mitglied; 2. der Schwelmerger Paul Blau, geb. in Glawo 1895, ausgez. im März 1913; 3. der Seher Martin S. abermann, geb. in Wollenbühl 1895, ausgez. in Kiel 1914; waren nicht Mitglieder. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

### Veranstaltungskalender

Berlin. Korrektorenhauptversammlung Sonntag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.

Böhm. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Munkwitz in Böhm. Am Schwanenmarkt.

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Steuerfragen: Besserung der Kriegsgewinne und der Vermög. — Gerechtere Veranlagung und Gleichberechtigung der Abzüge.

Ernährungswirtschaft: Das Doppelgesetz der Lebensmittelhilfe.

Korrespondenzen: Arnshaf. — Borna. — Bremen. — Buer i. W. — Düsseldorf. — Duisburg. — Hamm i. W. — Heideberg. — Hildesheim. — Kirchberg i. Schl. — Recklinghausen. — Sietlin. — Waldenburg.

Kunstsch.: Nachkommenschaft Belpis. — Ein Buchdrucker als Minister. — Verordnungen hinsichtlich der unangenehmen Arbeitslosigkeit. — Druckerstreik. — Revidierte Ausgabe des Deutschen Buchdruckerartels. — Stellungnahme von Unternehmern im graphischen Gewerbe gegen Zerstörungen seitens der Spartakisten. — Einschränkungen im graphischen Gewerbe Münchens. — Neue und wiedererschienenen Zeitungen. — Zeitungspapier für neue Blätter. — Vom Zeitungsstellen unter der Spartauchherrschaft. — Der Zentralrat gegen die Verweigerung der Presse. — Deutsches Kulturmuseum. — Einstellung von Kriegsschädigten. — Eine Lehrgewerkschaft. — Regierungsprotest gegen die Befestigung des Achsstundentags. — Vom Streik der Elektrizitätsarbeiter. — Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“. — Fortfall der Postvergnügungen für Feldpostsendungen.

## Buchdruckerverein in Hamburg-Altona

Mittwoch, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Musiksaal des „Gewerkschaftshauses“, Wefenbinderhof 57 I.

### Mitgliederverversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Antrag des Vorstandes: Abhaltung einer Gedenkfeier. 3. Feuerungsanlagen. 4. Kartellbericht. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen bitten Der Vorstand.

### Maschinenmeister

für feinsten Autotypdruck gesucht. Angaben über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche erwünscht. Angebote sind unter Nr. 169 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

### Druckereifachmann

Schweizerdegen, der alle Arbeiten ausführen und den Betrieb leiten kann, als Teilhaber gesucht. Kleineres Kapital erforderlich. Ausschrl. Angebote unter Nr. 1763 an Saefenlein & Wagner, 165

### Rotationsmaschinenmeister

für 16seitige Frankenthaler zu baldigem Eintritt gesucht. 1156 „Duisburger Volkszeitung“, Duisburg.

### Schiffseger

im Abzügen, Tabellen- und Inseratenfach bewandert, sucht Stellung, möglichst in Sachsen. W. Angebote an H. Karzig, Gebnh. I. Sa., Südstraße 4, bei Müller.

### Schiffseger

23 Jahre alt, sucht für sofort Stellung. Werde Offerten erbeten an 1152 Erich Balke, Gehlitz bei Riesa (Sa.).

### Typographseger

mit zehnjähriger Praxis, davon sechs Jahre als Schulmeister, sucht Stellung um 1. März, event. kann Eintritt auch sofort erfolgen. Gest. Angebote unter Z. L. 168 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

### Maschinenmeister

in allen Arbeiten an Schnell- und Tiegelpresse erfahren, auch mit Flachrotation „Seura“ und Universalanleger vertraut, sucht sofort Stellung. Gest. Angebote an Paul Reuther, Oibershan I. Sa., äußere Grünstraße 53.

### Beilenmaß

C. Frig, Mainz, Mainstr. 30

## Dresdner Buchdrucker-

### Gesangverein

Samstag, den 2. Februar, nachmittags pünktlich 5 Uhr:

### Ordnliche Generalversammlung

im Gasthause „Genseider“ (Wdm) Kaufhofstraße 16 1164

Um Anwesenheit: Begrüßung der vom Heeresdienste zurückgekehrten Mitglieder, Erbrungen usw.

Die geehrten Mitglieder werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. D. W.

### Die Verbandsausstellung

haben in Dresden — feiner Jahresbericht — die Verbandsausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe vom 1. März bis 31. März 1919. Die Ausstellung: Begrüßung der vom Heeresdienste zurückgekehrten Mitglieder, Erbrungen usw. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. D. W.

### Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Durchläufe durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

### W. M. MATHAEUS

DESSAU  
Zerbstestr. 64  
Preisliste fr.

### Fehlerbuch von E. v. Coelln

Samml. v. Sprachlehren, portofr. 1,75 Mk., u. and. gute Buchhändler i. Korrekturen. Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos. Die Verlagsanstalt in W. d. D. T. H. Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. A. 53430.

Mhlen, Pinzette, Zurechtgeren usw. (Schulbücher, Gebetbücher, Kataloge usw.) P. Goldschmidt, Sietle a. d. E., Rosenstr. 3.